

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig, Sedan & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Zeitungsbeitrag monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3,00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Expeditionsbüro nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinstafeln. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 255.

Dresden, Freitag den 2. November 1917.

28. Jahrg.

Graf Hertling beim Kaiser

Italienischer Rückzug zur Piava?

Das neue System.

Man kann viel Papier verstreuen, um die Unvollkommenheiten der neuen Regierung Hertling darzustellen. Sie sind vielleicht noch größer, als man bisher allgemein glaubte. Donnerstagabend war zwar die Ernennung Hertlings zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten gewis, andererseits war dagegen noch, in welcher Weise die Stellvertreterfrage gelöst werden sollte. Wenn nicht Herr von Bayer oder ein anderer Fortschrittler Stellvertreter des Reichskanzlers wird, werden die Bedenken der Linken nur noch wachsen. Und wenn der Plan einer nationalliberalen Stellvertreterung in Braunschweig mißlingt, werden die Aussichten der Wahlreform sinken. Niemand kann also heute sagen, daß der erste Versuch, in Deutschland bei der Bildung einer neuen Regierung nach den Regeln des parlamentarischen Systems zu verfahren, Erfolg haben wird.

Aber das neue, das in diesen Tagen in Erscheinung getreten ist, mag mit noch so viel Schlägen der Unvollkommenheit behaftet sein, daß es etwas Neues, für Deutschland ganz Unbekanntes ist, das kann man nicht bestreiten und soll man nicht bestreiten. Man kann vielleicht darüber noch streiten, ob das, was in diesen Tagen geworden ist, schon das parlamentarische System ist. Aber nicht streiten läßt sich darüber, daß dieses jetzt geschaffene System dem wirklichen parlamentarischen höchstens nur um Sandbreite getrennt ist. Nicht streiten läßt sich darüber, daß es eine Rückkehr zum alten System nicht mehr gibt, sondern nur noch eine Fortwärtswendung zum neuen. Die Zeiten des persönlichen Regiments sind für immer vorbei.

Das deutsche Volk hat seine bekannte sachliche Nüchternheit bewiesen, indem es diese große Veränderung wohl mit Interesse, aber ohne lautes Gekos und ohne große Gefährdungen begrüßte.

Diese sachliche Nüchternheit ist ein Vorzug, aber zugleich auch ein Fehler. Ein Fehler besonders in dieser Zeit, in der die Entente mit großem Wortaufwand immer neue falsche Behauptungen über die inneren Zustände wie über die Absichten des deutschen Volkes zu verbreiten sucht. Warum soll es uns nicht gelingen, den Völkern des Auslandes durch eine sinnvolle Handlung klarzumachen, daß es eine Unvernunft ist, wenn man Deutschland noch weiterhin eine Autokratie nennt. Worin unterscheidet sich diese Autokratie noch von anderen Ländern? Höchstens dadurch, daß hier die Macht des Parlaments ständig steigt, während sie in anderen Ländern von Usurpatoren und Kriegsdiktatoren immer weiter herabgedrückt wird. Das sollte man im Auslande überall, besonders in Amerika, erkennen, und je deutlicher man es erkennt, desto besser wird es für die Sache des Friedens sein.

Daß die Bildung einer Regierung Hertling für die Sozialdemokratie bei weitem nicht die denkbar beste Lösung der Krise darstellt, ist schon oft gesagt worden. Sollte sich die Regierung Hertling nicht bewähren, dann wird ein neuer Versuch nach links unermesslich sein. Deswegen braucht man aber nicht zu unterlassen, was die Entwicklung vom persönlichen Regiment bis zur Bildung der Regierung Hertling grundsätzlich bedeutet. Es fällt uns nicht ein, viel Rühmens damit zu machen, wie weit wir es gebracht haben, aber es geht vorwärts, und es muß noch viel weiter vorwärts gehen. Es gibt keine Hindernisse, die unüberwindlich sind.

Graf Hertling vom Kaiser empfangen.

Graf Hertling hat sich am Donnerstag nachmittag ins Neue Palais in Potsdam begeben, wohin ihn der Kaiser befohlen hatte. Nachdem die einzelnen Fragen eingehend besprochen waren, hat der Kaiser an den König von Bayern die telegraphische Bitte gerichtet, den Grafen Hertling behufs seiner Ernennung zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten aus dem bayerischen Staatsdienst zu entlassen, eine Bitte, der König Ludwig alsbald nachgiebig entsprochen hat. Mit der Erfüllung dieser Bitte war das letzte formelle Hindernis für die Ernennung des Grafen Hertling beseitigt. Seine Ernennung ist also als eine vollendete Tatsache anzusehen.

Der Vorwärts stellt mit: Die Frage, ob der Posten des Reichskanzlers wieder werden oder ob er mit einem fortgeschrittenen Abgeordneten besetzt werden soll, ist noch nicht entschieden. Wahrscheinlich ist noch immer keine Forderung usw. entweder mit dem Fraktionsvorsitzenden v. Bayer oder mit dem Vizepräsidenten des Reichstages Dove.

Dagegen hat, wie verlautet, der Vorsitzende der national-liberalen Fraktion Dr. Fleiberg durch seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, die Stellvertretung des Ministerpräsidenten in Braunschweig zu übernehmen und sich vollständig für die Wahlprüfung des gleichen Landtagswahlrechts einzusetzen.

Ob der Reichskanzler soll an Herrn v. Grafenbergs Stelle gleichfalls ein Abgeordneter werden.

Heftigste Abgang ist gemiß.

Die Sozialdemokraten haben im Laufe der Verhandlungen erkl. daß sie sich bei der Befreyung der letzten Reichs- und Staats-

Ein französischer Angriff bei Bray zurückgewiesen. Die Zurückdrängung der Italiener über den Tagliamento.

(B. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. November 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht
Der Artilleriekampf in Flandern war gestern im Fluggebiet der Meer, insbesondere bei Dünkirchen, fast zwischen dem Goussinseker Walde und der Endlehöhe feindliches Schützengraben auf unserer Kampflinie.

Englische Erkundungsvorstöße scheiterten an mehreren Stellen der Front.

Seezerguppe deutscher Kronprinz.

Am Oise-Nièze-Kanal und längs des Küstens des Chemin des Dames hat die Kampftätigkeit der Artillerien bedeutend zugenommen. Nach mehrstündigem Trommelfeuere griffen starke französische Kräfte bei Bray an. Der Ansturm brach vor unserer Linie wenig zusammen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine wichtigen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Nordwestlich von Konstantin wurde ein Vorstoß feindlicher Bataillone verlustreich abgewiesen.

Italienische Front.

Wägs des mittleren und unteren Tagliamento sehen unsere Armeen mit dem Feinde in Gefechtsfähigkeit.

Italienische Brigaden, die auf dem Fluß des Flusses nach Stand hielten, wurden durch Angriff zum Zurückgehen gezwungen oder gelangten.

Der Feind hat bis zum Adriatischen Meer ist das linke Tagliamento frei vom Feinde.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

stellen nicht beteiligen wollen, und daß sie ihre Stellung gegenüber der Regierung von ihrer Haltung abhängig machen werden.

Ein Vertrauensvotum für Hertling.

Im Anschluß an seine Ernennung zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten gedenkt Graf Hertling sich nach München zurückzubehalten. Nach etwa acht Tagen wird er dann wieder in Berlin eintreffen und hier will er sich so bald als möglich dem Reichstag vorstellen. Die Wehr- und Kriegsparteien, mit denen er sich hinsichtlich der Richtlinien seiner inneren und äußeren Politik geeinigt hat, sollen ihm dann sofort im Wege einer Interpellation über sein Regierungsprogramm besprechen und ihm ein Vertrauensvotum der Vollvertretung mit auf dem Weg geben; dazu soll der Reichstag möglichst schon Mitte dieses Monats wieder zusammenberufen werden. Mit dem preussischen Landtage scheint Graf Hertling sich etwas mehr Zeit lassen zu wollen. Es steht fest, daß der Landtag nicht schon am 6. November zusammentritt. Die Wahlrechtsvorlage wird unmittelbar beim Zusammentritte des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden.

Von anderer Seite wird uns dazu mitgeteilt: Wie wir hören, besteht die Absicht, nach der Wiedereröffnung des Reichstags den neuen Reichskanzler sofort über die Richtlinien seiner Politik zu interpellieren. Die Interpellationsbedeutung soll durch die Abstimmung geschlossen werden, durch die der Reichstag aussprechen wird, ob er die Politik der Regierung billigt oder nicht. Da Graf Hertling sich auf das Wehrprogramm verpflichtet hat, ist vorauszusehen, daß die Regierung eine sehr starke Mehrheit im Reichstag finden wird. Die Haltung der Sozialdemokratie wird selbstverständlich von dem Inhalt der erwarteten Erklärung abhängen. Mit einiger Spannung wird man aber der Entscheidung der Konfessionsparteien entgegensehen, die dann entweder einer ihnen widerstrebenden Erklärung äußerlich zustimmen oder sich sofort als Oppositionspartei deklarieren müssen.

Nationalliberale Rundgebung.

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich am Dienstag mit der politischen Lage beschäftigt und eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: „Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstags begrüßt die Bestrebungen auf Verwirklichung eines neuen Wahlrechtsreform im Sinne der kaiserlichen Hofschaff für notwendig. Erwünscht ist die Aufhebung der politischen Zensur, gegebenenfalls ihre Übertragung auf die verantwortlichen Beamtenhöfen. Er ist bereit, an einem Arbeitskommissionen mitzuarbeiten und für die Befreiung von Vorschriften, die die Arbeiterbewegung hemmen, einzutreten. Wenn ein solches Programm dazu führen kann, daß unter Zurückstellung anderer Fragen der Bürgerkrieg bis zum Friedensbeginne genähert wird, so wäre dies im Interesse des Landes freudig zu begrüßen. Der Vorstand wünscht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik volle Bewegungsfreiheit des Rei-

ches. Mit den in der Antwort auf die Postnote dargelegten allgemeinen Grundgedanken ist er einverstanden, betont aber die von der Fraktion schon früher abgelehnte Bezugnahme auf den Wehrrechtsbeschluß vom 19. Juli 1917, der, wie auch von einigen seiner vorragendsten Befürworter anerkannt worden ist, eine tatsächliche Bedeutung nicht mehr besitzt, nicht mehr bindend ist. — Zur Wahrung des Bürgerfriedens gehört, daß keine Partei von der Einwirkung auf die Politik des Reiches ausgeschlossen wird, wenn sie bereit ist, auch die entsprechende Verantwortung zu tragen. — Die Beteiligung der Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen beruht in keiner Weise ihre volle Selbstständigkeit, wie dies in der Stellungnahme und den Bestimmungen der Fraktion bisher zum Ausdruck gekommen ist und weiter zum Ausdruck kommen wird.“

Professor Dehnblick gegen die Vaterlandspartei.

In den Preussischen Jahrbüchern wendet sich Prof. Dehnblick mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Vaterlandspartei und gegen die von ihr geforderten Erwerbungen. Er hält dem Reichskanzler Dr. Michaelis vor, daß er, statt den Kampf gegen diese Richtung zu führen, sich in der gerade jetzt ganz unmöglichen Kunst des Lavierens verlustet habe. Der Artikel fährt dann fort:

„Sie (die Kunst des Lavierens) ist unmöglich geworden, weil wir uns jetzt dem Frieden nähern und es einen Frieden, der die Abwechslung des Friedens nicht geben kann: der Frieden kann nur gegen sie gemacht werden. Die Politik des Lavierens ist ferner unmöglich geworden, weil sich jene geschlossene Majorität des Reichstags gebildet hat, die nicht den alldeutschen, sondern den Verständigungsfrieden will, und keine Regierung in Deutschland imstande ist, den Krieg, der ein Volksgeschehen ist und sein muß, gegen die Reichstagsmajorität, die die Waage hinter sich hat, durchzubringen. Die Aufgabe eines deutschen Reichskanzlers ist also heute, nach außen den Frieden zu schaffen und zu diesem Zwecke den Kampf nach innen aufzunehmen. Daß Herr Michaelis das nicht erkannt hat, daran ist er gescheitert. Eine unendlich kostbare Zeit ist dadurch verloren gegangen, und der Zwiepsalt, den Herr Dr. Michaelis vermeiden wollte, ist nun erst recht ins Volk getragen und immer bössartiger geworden. Die unselbige Partei, die da behauptet, den Zwist zu verhindern und die nationale Einheit herstellen zu wollen, indem sie den anderen Denkenden die vaterländische Gesinnung abspricht, wäre vermuthlich niemals entstanden, wenn nicht die Regierung durch ihre unklaren und zweideutigen Rundgebungen den Boden dafür geschaffen; wenn sie statt dessen ihrerseits daran gearbeitet hätte, der Reichstagsmajorität die richtige Auslegung zu geben, um das Volk um sie zu sammeln. Wir wollen den Krieg durchhalten bis zum siegreichen Ende. Darin sind wir alle einig. Diese Einheit ist da und es bedürfte, um sie zu schaffen, keiner „Deutschen Vaterlandspartei“. Was aber unter dem siegreichen Ende zu verstehen ist, darüber sind wir verschiedener Meinung, und die Führer der Deutschen Vaterlandspartei haben nur bewiesen, daß sie das deutsche Volk nicht kennen und ganz und gar keine Fühlung mit ihm haben, wenn sie gestaubt haben, daß sich das deutsche Volk einmütig um das von ihnen proklamierte Kriegsziel scharen werde.“

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Wie die Germania hört, hat die preussische Wahlrechtsvorlage am Mittwoch die Zustimmung des Königs erhalten, so daß ihrer sofortigen Einbringung im Abgeordnetenhaus nichts mehr im Wege steht. Die erste Lesung dürfte jedoch erst nach der erwähnten kurzen Reichstagsstagung stattfinden.

Herr v. Walldow und die preussische Wahlrechtsreform.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: „Die Nachrichten, die über die Haltung des Staatsministers v. Walldow zur Frage der preussischen Wahlrechtsreform in politischen Kreisen verbreitet werden und auch in einzelne Zeitungen übergegangen sind, entbehren, wie wir feststellen können, jeder Unterlage. Minister v. Walldow steht selbstverständlich wie die Gesamtheit des preussischen Staatsministeriums uneingeschränkt auf dem Boden der ältesten Verfassungen vom 7. April und 11. Juli d. J.“

Der Sieg am Tagliamento.

Der schöne Erfolg, den die deutsch-österreichischen Truppen in Italien davongetragen haben, ist einer der größten, die die Mittelmächte in diesem Kriege überhaupt erzielt haben. Mit Recht wird die Umfassung eines großen Teiles des italienischen Heeres, die am unteren Tagliamento gelungen ist, mit Sedan verglichen. Die Gefangenenzahlen, die die italienischen Kämpfe dem deutsch-österreichischen Heere bringen, wächst wohl schneller an, wie wir das jetzt in diesem Kriege irgendwo erlebt haben. Die deutschen Berichte sprechen zwar davon, daß wiederholt die Italiener tapfer Widerstand geleistet haben, doch dürfte man mit der Annahme nicht fehlerhaft sein, daß die Größe der italienischen Niederlage zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die italienischen Truppen unzulässig und kampfmüde sind.